

**Brennglas Corona – Digitalpakt für die Kinder- und Jugendhilfe. Stellungnahme der Erziehungshilfefachverbände (AFET, BVKe, EREV, IGfH)**

Die Erziehungshilfefachverbände fordern mit Nachdruck einen Digitalpakt für die Kinder- und Jugendhilfe – insbesondere für die Erziehungshilfen, die im Folgenden in Auszügen dokumentiert wird:

Junge Menschen, die in öffentlicher Verantwortung aufwachsen, brauchen eine deutlich verbesserte digitale Ausstattung, die nicht nur ihre fachliche Begleitung sicherstellt, sondern auch einen kinder- und jugendgerechten Rahmen für ihre gesellschaftliche Teilhabe schafft. Die Verbände begrüßen das von der Bundesregierung beschlossene „Aktionsprogramm Aufholen nach Corona ...“, das dabei soll dabei helfen Bildungsbenachteiligung junger Menschen – auch mit Blick auf Digitalität – abzubauen. Die Maßnahmen müssen sich jedoch in den Hilfen zur Erziehung stärker niederschlagen: Damit die digitale Transformation und Einlösung der Grundrechte junger Menschen, die in öffentlicher Verantwortung aufwachsen, gelingen kann, braucht es einen Digitalpakt für Kinder- und Jugendhilfe.

**„Wer nicht (digital) kommuniziert, nimmt nicht teil“**

(...) Die Bedeutung des digitalen sozialen Raums zeigt sich einmal mehr im Kontext der Corona-Pandemie. Als Lern- und Lebensort fehlt es in den stationären Erziehungshilfen jedoch vielerorts an den Voraussetzungen, um eine digitale Mediennutzung für alle jungen Menschen zu ermöglichen.

Es gilt die digitalen Beteiligungsmöglichkeiten junger Menschen auszubauen und die dafür benötigte Infrastruktur und Ressourcen (personelle, technische, konzeptionelle und fiskalische) in der Kinder- und Jugendhilfe bereitzustellen. Junge Menschen müssen an der digitalen Jugendkultur und sozialen Medien teilhaben können. Um die digitale Spaltung reduzieren und die fachliche Qualität einer leistungsstarken und zukunftsfähigen Kinder- und Jugendhilfe sicherstellen zu können, braucht es eine eigenständige Digitalisierungsstrategie. (...) Wichtige Handlungsfelder sind dabei nicht nur die Weiterentwicklung der Angebotsstrukturen, sondern

auch die Veränderung der Arbeitsbedingungen, die Qualifizierung der Fachkräfte und die technische Ausstattung. (...)

**Forderungen an die Bundes- und Länderpolitik**

(...) Die Erziehungshilfefachverbände bestärken daher die dringende Notwendigkeit, einen Digitalpakt für Kinder- und Jugendhilfe zwischen Bund und Ländern einzurichten, der die Anforderungen der Digitalisierung in den Erziehungshilfen systematisch in den Mittelpunkt stellt.

Ein Digitalpakt für Kinder- und Jugendhilfe muss:

- die Grundrechte junger Menschen zum Ausgangspunkt haben
- bedingungslos digitale Zugänge gestalten
- an den Perspektiven und Bedarfen junger Menschen ansetzen
- die Bildungsorte Schule und Kinder- und Jugendhilfe zusammenführen
- Beteiligung an den gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen unterstützen
- ausreichend finanzielle Ressourcen für eine differenzierte Digitalstrategie und zur Weiterentwicklung digitaler Hilfeangebote mit jungen Menschen bereitstellen
- unbürokratische Zugänge zu Fördermitteln und Endgeräten ermöglichen
- die Leerstellen in der digitalen Infrastruktur ländlicher Räume füllen
- eine hinreichende und beständige technische Ausstattung der Erziehungshilfeeinrichtungen sicherstellen
- langfristige Fort- und Weiterbildungsmittel zur Qualifizierung von Fachkräften und jungen Menschen zur Verfügung stellen
- kommunale System- und Softwarelösungen zwischen öffentlichen und freien Trägern forcieren
- die Relevanz der Digitalisierung für die fachpolitische Verantwortung der Erziehungshilfen (an)erkennen

**Herausforderungen für die Praxis der Hilfen zur Erziehung**

Die Ermöglichung der Nutzung digitaler Medien ist ein Kinderrecht und daher unbedingt zu gewährleisten. Die Erziehungshilfen müssen die hohe Alltagsrelevanz digitaler Medien sowohl bei der Smartphone- als auch der

PC-Nutzung berücksichtigen und die Kinder, Jugendlichen und Eltern bei den vielfältigen Nutzungsoptionen unterstützen. Dies gilt für ambulante ebenso wie stationäre Settings. Die Möglichkeiten von Teilhabe und die Chancen, etwa im Kontext von Partizipation oder bei digitaler Beratung, müssen gewährleistet sein.

Die Erziehungshilfefachverbände fordern:

- Kindern/Jugendlichen sind eigene (Entwicklungs-)Räume zuzugestehen, zugleich gilt es digitale Medien als Sozialisationsinstanz anzuerkennen und die erweiterten Risikolagen im Blick zu behalten.
- Für alle Kinder und Jugendlichen gilt es Barrierefreiheit herzustellen, u. a. indem an die individuellen Teilhabevoraussetzungen im Hinblick auf Sprache und Leistungsvermögen angesetzt wird.
- Für junge Menschen mit einer körperlichen, geistigen oder seelischen Beeinträchtigung können digitale Medien eine ganz besondere Relevanz entfalten, um in gesellschaftlichen Kontexten mitagieren zu können und Freundschaften zu schließen. Besondere Unterstützungsbedarfe sind zu berücksichtigen.
- Wissen, Erfahrungen und Kompetenzen der jungen Menschen im Umgang mit digitalen Medien sollen durch die Fachkräfte anerkannt werden und in die (Lern)Prozesse einfließen.
- Modelle von Medienscouts/Peer-to-peer-Ansätze sollten noch mehr als bisher etabliert werden.
- Digitale Beratungsangebote für junge Menschen und ihre Eltern (Online-Beratung; Chatgruppen; Internetrecherchen) sollen als Erweiterung der Zugangsmöglichkeiten zu Hilfen genutzt werden.

### **Fortdauernde Qualifizierungen und Fortbildungen sind unerlässlich**

Um eine fachlich-positiv-kritische Haltung entwickeln und die Herausforderungen, die mit den digitalen Welten verbunden sind, adäquat angehen zu können, sind für die Erziehungshilfefachverbände folgende Aspekte grundlegend:

- In pädagogischen Ausbildungen und Studienrichtungen ist eine stärkere Verankerung medienpädagogischer Inhalte geboten, eine enge Verknüpfung zur Praxis der Kinder- und Jugendhilfe sollte hergestellt werden.
- Es ist zu gewährleisten, dass ausgebildete Fachkräfte in ihren Berufsfeldern eine fort-

laufende Qualifizierung erhalten und dafür entsprechende zeitliche Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.

- Die Digitalität ist grundlegend und erfordert daher eine kontinuierliche Befassung mit dem Thema. Ein projektartiges oder kurzzeitiges Augenmerk wird den Herausforderungen und der digitalen Transformation des Alltags nicht gerecht.
- Fachkräfte, insbesondere in ambulanten oder teilstationären Settings, benötigen spezifische Kenntnisse, um auch die Eltern kompetent beraten zu können.
- Mit Blick auf die Elternarbeit sollen Träger der Kinder- und Jugendhilfe stärker auf die z.T. kostenlosen Angebote vieler Bundesländer (Eltern-Medien-Trainer\*innen, Eltern-Medien-Lots\*innen, Elterntalkangebote) zurückgreifen.
- Als Einrichtung gilt es, einen Prozess anzustoßen, in dem sich die gesamte Einrichtung mit medienpädagogischen Fragestellungen auseinandersetzt und gemeinsam mit den Kindern/Jugendlichen, den Mitarbeiter\*innen und der Leitungsebene in einem intensiven, fortlaufenden Prozess Handlungskonzepte, Rechte der jungen Menschen, Regelungen und Verhaltenscodex diskutiert, fixiert und umsetzt.

(...) Es steht fest: eine eigenständige Digitalisierungsstrategie birgt das Potenzial, den fachlichen Herausforderungen gesellschaftspolitischer Megatrends gerecht werden und Synergieeffekte nutzbar machen zu können. Die hohe Medienaffinität von Kindern und Jugendlichen legt außerdem nahe, dass der Einbezug moderner Medien auch für Partizipationskonzepte besondere Chancen verspricht. Damit stellt die notwendige Digitalisierungsstrategie nicht zuletzt eine zentrale Weiche, um die Rechte junger Menschen auf Beteiligung, Förderung, Schutz und Inklusion in der Kinder- und Jugendhilfe flächendeckend umsetzen zu können. Selbstorganisierte Zusammenschlüsse von jungen Menschen müssen in den Beratungen zu und in die Umsetzung der Digitalisierung der Kinder- und Jugendhilfe Eingang finden.

Download des gesamten Papiers: <https://igfh.de/publikationen/fachpolitische-stellungnahmen/brennglas-corona-digitalpakt-fuer-kinder-jugendhilfe>  
*AFET, BVKe, EREV und IGfH (Hannover, Freiburg, Frankfurt am Main) im Juni 2021*